

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen.
Abonnement in der Stadt vierteljährlich M. 1.35 monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachbarortsvorkauf vierteljährlich M. 1.35, ausserhalb desselben M. 1.35, hierzu Beleggeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Veröffentlichungsblatt der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklösterle u. während der Saison mit amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Answärtige 10 Pfg., die Klein-spaltige Germondzelle.
Kontanten 15 Pfg. die Peltzelle.
Bei Wiederholungen entspre. Rabatt.
Fotomontagen nach Uebereinkunft.
Telegraphen-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

27. Jahrg.

Samstag, den 8. Januar 1910.

Nr. 5.

Württembergischer Demokratentag.

Stuttgart, 7. Januar.

Die gestrige Landesversammlung der württembergischen Volkspartei gestaltete sich zu einer glänzenden politischen Kundgebung. Die auf der Tagesordnung stehende Frage der Einigung der drei linksliberalen Parteien hatte die Parteifreunde aus allen Teilen des Landes in so großer Anzahl in die schwäbische Residenz geführt, wie seit vielen Jahren nicht mehr. Schon der

Empfangsabend,

der für Mittwoch Abend im Charlottenhof anberaumt war, hat einen enormen Besuch von auswärtigen Parteifreunden aufgewiesen. Privatier Reiff begrüßte dort die zahlreich Erschienenen und rief ihnen ein frohliches Neujahr zu. Dann gab er eine Uebersicht über das letzte Jahr. Namens des erkrankten Landesvorsitzenden Professor Hoffmann begrüßte Chefredakteur Schmidt die Versammlung. Alles fließt, sagt ein altes Wort. Dem alten Block ist der neue schwarzblaue gefolgt. Und nichts kann uns angenehmer sein als dieser Block. Wer hätte je geglaubt, daß die Deutsche Partei eine solche Stellung einnehmen werde, wie dies heute der Fall ist? Wir haben kein Interesse daran, daß die Kluft zwischen Konservativen und Deutsche Partei verschwindet. Die zweite erfreuliche Erscheinung dieser Tage ist ferner die bevorstehende Einigung, wenn es auch keinem alten Demokraten leicht wird, die bisherige Selbständigkeit aufzugeben. Und doch hat die Demokratie von jeher die Hoffnung gehabt, sich nach dem Norden auszudehnen. Nach dem großen Geset von der Anziehung wird die neue Partei auf weitere Kreise eine Anziehung haben, als die bisherige kleine. Die jetzige freundliche Haltung zur Deutschen Partei darf uns nie und nimmer veranlassen, die Verbindung nach links, nach der Sozialdemokratie zu, abzubrechen. (Bravo!) Das Zentrum wird in Zukunft noch mehr nach rechts streben (Sehr richtig!) und deshalb müssen wir das Zentrum in Zukunft immer entschiedener bekämpfen (Bravo!). Auch innerhalb der Sozialdemokratie kommen nicht nur die Revisionisten zu der Erkenntnis, daß der Spag in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dach. Mit einem Hoch auf die einige deutsche freisinnige Partei schloß der Redner.

Ferner sprachen noch Bollinger-Spaichingen, Bürgermeistersobmann Erlanger-Stuttgart, welcher

die Taktik der Volkspartei zu den übrigen Parteien beleuchtete, Stadtgeometer Lecher, Vorsitzender der Jungen Volkspartei Württembergs, Doner-Tuttlingen, Galler-Tuttlingen, Henseler-Ulm, Jlg-Stuttgart und Sekretär Freytag-Neutlingen.

Die Hauptversammlung

begann am Erscheinungsfest, vorm. 11 Uhr im Konzertsaal der Lieberhalle. Zum Vorsitzenden des Parteitags wurde der Landtagsabgeordnete Käth-Bachmann bestimmt. Ferner wurden in das Bureau des Parteitags berufen Reichstagsabgeordneter Schweilhart-Tübingen, Arbeitersekretär Barnhold-Ulm und als Vertreter der Jungen Volkspartei Redakteur Kühle-Heilbronn. An Stelle des erkrankten Vorsitzenden der Partei erstattete dessen Stellvertreter Chefredakteur Schmidt-Stuttgart

den Geschäftsbericht:

Wir haben das erste Jahr der Parteioorganisation der württembergischen Volkspartei hinter uns. Sie hat einen kleineren und beweglicheren Landesauschuss geschaffen, der nur noch zur Hälfte aus Stuttgartern, zur anderen Hälfte aus Parteigenossen vom Lande gebildet wird. Das hat sich gut bewährt. Besonders die auswärtigen Freunde haben mit regem Interesse den Sitzungen, die fast ausnahmslos am Sonntag stattfanden, beigewohnt und mit ihren praktischen Ratsschlägen unsere Beratungen gefördert. Auch draußen im Lande war ein regeres politisches Leben zu verzeichnen. Der emsigen Tätigkeit des Parteisekretärs zu verdanken ist die Unterstüzung der Freunde aus Stadt und Land gelang es, 20 weitere Volksvereine zu gründen, so daß sich ihre Zahl jetzt auf 142 beläuft. An 97 Versammlungen hat der Parteisekretär teilgenommen, aber einen Wunsch dürfte die Parteileitung doch aussprechen: es sollte noch mehr eigenes politisches Leben in den einzelnen Bezirken und Landesstellen vorzuführen sein. Es wird nicht unter zu viel die Hilfe der Zentrale angerufen und die Folge davon ist dann nicht selten, daß durch ein Zusammenreffen verschiedener Ansprache an einem Tage unliebsame Zwischenfälle und Widersprüchlichkeiten sich ergeben. In dieser politischen Selbsthilfe haben bisher die Heilbronnener — auch schon ehe sie ein eigenes Parteisekretariat hatten — mühseliges geleistet. Sie haben nicht bloß die politische Arbeit für den 3. Wahlkreis selbst besorgt, sondern diese auch schon ausgedehnt auf den benachbarten 11. Wahlkreis, und wir hoffen, daß sie in diesem löblichen Tun nicht erlahmen. Einen erheblichen An-

satz zu dieser selbständigen Propaganda innerhalb des eigenen Bezirks finden wir auch im 9. Wahlkreis bei den Schwenningern. Und es ist nur zu wünschen, daß diese Beispiele sich verzeichnen lassen. Dabei ist erzieulich das Hervortreten neuer, jüngerer Kräfte. Das ist auch notwendig, wenn wir die Totenlisten uns vergrößern, die im letzten Jahre erschreckend groß geworden ist: Wir haben durch den Tod viele Freunde verloren. (Zu deren Andenken erhebt sich die Versammlung von den Siben.) Zwei Landtagswahlen haben wir im letzten Jahr gehabt. Bei Herrenberg konnten wir nur Unterstützung gewähren, und sie hat nicht ganz ausgereicht, um den bündlerischen Kandidaten zu werfen, aber mit Zentrumshilfe gewählt wurde. Aber unsere Aufgabe wird sein, auch im Herrenberger Bezirk unsere Organisation so auszubauen, daß wir bei der nächsten Gelegenheit in den Kampf eintreten können. In Ulm sind wir leider unterlegen und haben durch persönliche und lokale Gründe ein Mandat verloren, das Mayer uns gebracht und der im vorigen Jahr leider verstorbenen Abg. Mayer und siegreich gehalten hatte. Daß aber die Partei in Ulm immer noch an der Spitze der Parteien marschiert, zeigt die Gemeinderatswahl. Abgestimmt haben von den Wahlberechtigten etwas über 70 Proz. (3600) der Wahlbürger. Weitans die größte Stimmenzahl fiel auf die Volkspartei, nämlich 7419 Stimmen; ihr folgten in erheblichen Abständen die Sozialdemokratie mit 6159, das Zentrum mit 5430, der Bürgerverein mit 5189 und die Deutsche Partei mit 4407 Stimmen. Diese, die der Stadt ihren Abgeordneten gegeben hat, steht also am Schluß der Parteien; während die Volkspartei weitans an der Spitze marschiert; ein Beweis, wie feinerzeit nicht politische, sondern rein persönliche Strömungen die Landtagswahl beeinflusst haben. Die Gemeinderatswahlen zeigten überhaupt vielfach einen Aufschwung unserer Partei, eine Erscheinung, die auch durch Ausnahmen nicht vernünftigt werden kann. In Stuttgart hatten wir prozentual die stärkste Zunahme an Wählerstimmen; in Göttingen, Tübingen und Heilbronn haben sich unsere Freunde wader gehalten. In vielen Gemeinden, — das ist eine neue Erscheinung des letzten Jahres — gingen unsere Freunde mit der Deutschen Partei zusammen, zu welcher das Verhältnis zunehmend ein besseres wurde, je entschiedener die Deutsche Partei von den Konservativen und dem Bauernbund abrückte. In wenigen Orten wurde auch der Großblock zwischen Volkspartei, Sozialdemokratie und Nationalliberalen erstmals versucht. Und diese Konstellation

Das ist die rechte Demut nicht,
Daß man sich glaubt ein schlechter Wicht,
Die echte Demut der nur hegt,
Der echten Stolz im Busen trägt.

Seidel.

Willst du Richter sein?

51) Roman von Maximilian Wötcher.

(Fortsetzung.)

Des Gräbelnden Häute ballten sich, ohne daß er's wollte oder wußte; sein Miß slog — nur für die Dauer eines Herzschlages — empor in das Sternengestirn zu seinen Häupten, hinter dem man seinen Kinder glauben das ewig wache Auge Gottes suchen gelernt. „Hilf mir! Mach' mich rein! Heiß' mir, daß du noch da bist, Gott!“
Weich aber ging es wie ein Schauer über ihn hin, und seine Lider fielen herab, schwer wie Blei. Unsin! Mir hast keiner, keiner, wenn ich mir nicht selber helfe! „Geh!“ befahl er der Schwester noch einmal in heiserem, fast unverständlichem Ton.
„Geh!“ wiederholte Fritz, über den wohl etwas wie Mittel gekommen war, als er in das Monde, edige Gesicht mit den großen, verzweifeltsten Augen gesehen hatte, das im grellen Licht des Mondes so seltsam blaß und leidensvoll erschien.
„Du kommst dafür aber morgen ganz bestimmt?“ fragte Elisabeth noch und ging dann davon wie ein Lamm. Dem Geliebten gegenüber hatte sie offenbar keine Spur eigenen Willen.
„Also... was willst du von mir?“ fragte Fritz, ehe noch die letzte Mädchenstalt in dem weißen Nebel untergetaucht war, und drehte die Reitpeitsche nervös in beiden Händen hin und her.
„Da wäre mehreres!“ Mühsam genug zwang sich Gottfried zum ruhigen Sprechen. „Erstens: woher nimmst du das Recht gegen Elisabeth so... so verächtlich über meine Braut zu reden?“

„Ueber deine Braut? Das ist ja das erste, was ich höre! Du hast 'ne Braut, bist verlobt?“
„Frag' nicht so dumm! So gut du mit meiner Schwester verlobt bist, bin ich auch mit Erna Plathe verlobt!“
„So so... mit Erna Plathe! Richtig, stimmt ja!“
„'s war ja damals was zwischen euch im Gange, eh' du ins... zum... na, zum Militär gingst, wollen wir sagen. Also... mit dir und Erna steht's wie mit mir und Elisabeth? Sehr interessant! Hol's der Teibel!“
„Wie's mit mir und Erna Plathe steht, geht dich nicht das Geringste an! Verstehst du? Ich will wissen, wie du dazu kamst, zu Elisabeth zu sagen, Erna wäre wie toll und verrückt hinter dir her, und du machtest dir einen Spaß daraus, sie zu foppen?“
„Om...“ Fritz zog ein schiefes Maul. „Du stellst da Gewissensfragen...“
„Antwoorte!“
„Hol's der Teibel. Du bist doch sonst nicht so dumm!“
„Willst du raus mit der Sprache?“ Gottfried, vor dessen Augen der Rebel eine blutrote Farbe annahm, packte den „Nalglatten“ — wie der eigene Vater ihn genannt — am Joppenaufschlag.
Der Angegriffene riß sich los und trat einen Schritt zur Seite.
„Laß doch das!“ zischte er und schwopte, die Reitpeitsche am oberen Ende fassend, mit dem Nadelknopf, der im Mondschein wie Silber glitzerte, ein paar mal durch die Luft. Dann nach einem kurzen Besinnen: „Wenn du erst soviel Zusammenkünfte mit Erna hinter dir haben wirst wie ich mit deiner Schwester, dann wird dir das süßliche Getue auch manchmal verdammt langweilig werden. Da sitzt man nebeneinander und weiß nicht, wovon man reden soll... und so 'n Müdel wird von Fall zu Fall über und tränger. Doch laum macht man sie 'n bißchen eifersüchtig... und darauf reagieren die Luderchens alle wie die Stahlfedern auf 'n Magnet... gleich wird die Sanfteste Feuer und Fett, kriegt Rasse wie 'ne Spanierin und sängt wieder an, einem Laune zu machen.“
„Hör' nicht ewig deinen „Teibel“ im Maul. Ist

genug, daß du ihn drinnen im Leibe hast, du... du Schuft!“
„Du... das Schimpfen schenk' dir gefälligst!“ Und wieder begann der flimmernde Reitpeitschenknopf vor Gottfried auf und nieder zu tanzen.
Der stand und hatte die auf den Rücken gelegten Hände fest ineinander geschlungen, hielt die eine gleichsam mit der anderen von einer läßen Tat zurück.
„Das... das eine wollen wir also als erledigt betrachten. Man läme ja aus dem Händewaschen nicht raus, wollte man sich an jedem elenden Verleumder und Ehrabschneider selber vergreifen! Nun die Hauptsache. Wie steht du eigentlich mit meiner Schwester?“
„Wie...? Wie soll ich denn mit ihr stehen? Wie's zwischen zwei Liebesleuten nun mal von Adam und Eva her gang und gäbe ist — sehr einfach!“
Gottfried strich sich mit medianischer Bewegung über das nasse Haar. Er wußte nicht recht, wie er das, was ihm im Herzen brannte, in Worte bringen sollte, ohne gleich wieder dem Faß den Boden auszuschlagen. Schließlich suchte er der Sache von hinten herum beizukommen.
„Dein Vater hat Elisabeth damals vor dir gewarnt... in deiner Gegenwart fogor!“
„Ja. Aber sie hat nicht darauf gehört. Sie hören nie auf vernünftige Ratsschläge, die Langhärigen, wenn sie die richtige Liebe im Leibe haben. Ich hab's deiner Schwester übrigens selbst gesagt, daß nicht allzuviel mit mir los ist. Daß es sicher zuverlässigere Eheandidaten gibt, als ich einer bin.“
„Das Antügen spare dir! Elisabeth versichert, daß du ihr das Blaue vom Himmel herunter versprochen hast: ein Kuster von Reich zu werden, und weiß ich, was sonst noch alles!“
„Gewiß... das kann ich wohl auch mal gesagt haben; 's hat schließlich jeder mal seine schwachen Stunden. Und was redet man nicht alles zusammen, wenn so 'n Müdel neben einem hoch und einem die Ohren voll heult!“

(Fortsetzung folgt.)

Hon liegt auch immer mehr in der politischen Notwendigkeit, je mehr sich Zentrum und Konervative zu ihrem reaktionären, selbsthätigen Treiben verbinden. Heute noch geht die mächtige Erregung durch unser Volk, die eine unabwendbare Folge der „Steuerarbeit des schwarzen Blauen Blocks“ war. Die schmerzlichen Erfahrungen und Vergewaltigungen haben zu den Gegenbewegungen geführt, die sich in neuen Organisationen verdichteten. Die eine ist der Bauernbund für Handwerk, Industrie und Handel, die andere der neue Bauernbund. Die Hauptsache ist und bleibt, gerade in gegenwärtiger Zeit, die entschiedene politische Betätigung, die in konzentrischer Gefechtsstellung gegen den schwarzen-blauen Block, Zentrum und Konervative, mit aller Energie vorgenommen werden muß. Diese Erkenntnis hat auch zu der linksliberalen Einigung geführt, über die Abg. Payer ein besonderes Referat erstatten wird.

Der Landtagsbericht.

Ueber die Arbeiten des Landtags führte Landtagsabgeordneter Liefchitz etwa folgendes aus:
„Erlauben Sie, daß ich der Grundstimmung des heutigen Tages entspreche, zunächst unsere schwäbische Politik auch im Verhältnis zur Politik der anderen deutschen Staaten ins Auge fasse. Alle politischen Fragen, die in dem einen Bundesstaat die Gemüter beschäftigen, die werfen auch im Nachbarstaat ihre Wellen. So haben wir gesehen, wie die Frage der politischen Gleichberechtigung, d. h. die Frage des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts alle süddeutschen Staaten mit gleicher Stärke durchdrang. Gerade wir, die wir den liberalen Charakter des Reiches zu betonen gewohnt sind, haben das allergrößte Interesse daran, daß die Minister des großen deutschen Bundesstaates nicht abhängig sind vom Drei-Klassen-Wahlrecht. Denn sonst wäre auf die Dauer der liberale Charakter eine Last. In Bezug auf die Steuererhebung gelten bei uns neben den Einkommensteuern noch die alten Ertragssteuern. Es wird eine unserer nächsten Aufgaben im Landtag sein, die Denkschrift über die Vermögenssteuer durchzuführen und diese Steuer, sobald wie möglich in die Tat umzusetzen. Auch in der Frage der Ausdehnung der Einkommensteuer in den Gemeinden sind wir hinter den anderen Staaten zurück. Württemberg erscheint durch die Höhe seiner Einkommensteuer im Vergleich mit den Nachbarstaaten wohlhabender als es ist und wir haben deshalb auch kein Interesse an sogenannten veredelten Matrikularbeiträgen. Auf dem Gebiet der Volksschule ist Württemberg bisher hinter allen anderen Bundesstaaten zurückgeblieben. In dieser Arbeit haben die Stände im Sommer vor Jahres die Arbeit hieran nun vollendet. Für jeden, der ein Augenmaß für das Erreichbare hat, war es klar, daß die Volkspartei nicht all das erreichen konnte, was sie durchgesetzt hätte, wenn sie allein die Reform zu machen gehabt hätte. Man muß sich wundern, daß es überhaupt möglich war, auch nur das an wirklichem Fortschritt durchzuführen, was erreicht ist. In den kommenden Monaten wird die von der Volkspartei so oft angeführte Frage der Uebernahme der persönlichen Volksschulstellen auf den Staat beschäftigen. Das Verlangen der Beamten nach Vereinfachung, nach Befreiung demontatorischer Bezeugnisse, nach lebenslänglicher Anstellung werden wir gern befriedigen, wir wollen aber kein Streikrecht der Beamten, während, wie bei den italienischen Eisenbahnen oder den französischen Postbeamten sollen bei uns unmöglich sein. Außer der rechtlichen Stellung sind aber nun die Beamten und auch die Lehrer in allen größeren deutschen Bundesstaaten sehr viel besser bezahlt als bei uns in Württemberg. Ich bin der Hoffnung, daß es möglich sein wird, diese Bedürfnisse auch ohne Steuererhöhung zu befriedigen. Denn darüber ist sich jetzt in Deutschland alles einig, daß der deutsche Staatsbürger in Zukunft sowohl im Reich, wie im Einzelstaat, mit Steuererhöhungen, wenn irgend möglich, verschont werden soll. Wir von der Volkspartei werden energisch darauf bedacht sein, daß die Vereinfachung in der Verwaltung durch Abschaffung und Vereinfachung von Kollegialbehörden durch Sparmaßregeln in den Bänden auch durchgeführt wird. Eine Beamtenaufbesserung ist für uns absolut ausgeschlossen, wenn nicht mindestens gleichzeitig eine solche Vereinfachung und Sparmaßregel eintritt. Die Reichsverfassung verpflichtet die Bundesstaaten, die Eisenbahnen wie ein einheitliches Netz zu verwalten. Demgegenüber haben wir in Süddeutschland den Eindruck, daß die Bundesstaaten sich gegenseitig in ihren Eisenbahnverwaltungen förmlich kerkeln. Württemberg war an diesen Chikanen, jedenfalls in der allerletzten Zeit ganz unbeteiligt. Nicht nur Unterlassung von Chikanen, sondern gemeinschaftliche Einrichtungen können die Verwaltungen entlasten und der Landtag ist deshalb gern der Anregung der Regierung, eine Betriebsmittelgemeinschaft in Deutschland herzustellen, gefolgt. Wir müßten uns allerdings wegen des Widerstandes Bayerns mit einer Güterwagengemeinschaft begnügen. Der Vertrag unserer Eisenbahnen ging in den letzten Jahren so zurück, daß er nicht einmal den 10jährigen Durchschnitt der Betriebsüberschüsse er-

reichte. Wenn wir nicht den vor 10 Jahren auf Anregung der Volkspartei geschaffenen Eisenbahnervereins gehabt hätten, so wäre das Verhältnis im Staatshaushalt noch größer gewesen. An dem Grundlag halten auch wir fest, daß durchschneidend die Einigungen der Eisenbahnen die Ausgaben einschneidend beschränken sollten. Viel mehr Sorge macht uns allerdings noch das stetige Wachsen der Eisenbahnschuld. Diese Sorge werden dadurch nicht geringer, daß wir die sichere Ueberzeugung nicht haben, ob auch die technische Ausrüstung der Generaldirektion besonders in der letzten Vergangenheit, aber auch jetzt noch auf der vollen Höhe des Nennens steht, das zu großen Arbeiten, die gegenwärtig vorgenommenen, erforderlich ist. Bei der Besprechung der Landespolitik muß auch der Verdienst Reppelins gedacht werden, dessen großartige Lustschiffe eine Entwicklung des Luftverkehrs eingeleitet haben, von der wir uns heute eine genaue Vorstellung nicht machen können. Für alle Mitglieder der Kammer, die diesen Sommer den Ausflug an den Bodensee mitgemacht haben, auch für die Sozialdemokraten, wird die Erinnerung daran unvergesslich sein. Reppelins haben wir nach diesem Ausflug wieder in den Abgrund von Unfreiheit gesehen, die die Genossen ihren eigenen Führern auch in solchen Verhältnisse aufzulegen! Von einer Elektrifizierung unserer Bahnen durch eigene Wasserkräfte wird bei uns wohl kaum die Rede sein können. Wohl aber wird der Staat den Zusammenschluß von Genossenschaften und Anstaltsverwaltungen zu fördern haben, die es so weit bringen, daß jedem Dorf, jedem Bauern elektrische Kraft und Licht zur Verfügung steht. Ganz besonders beschäftigt und gegenwärtig der Verkehr auf den Wasserstraßen. Von dem Kanal Mannheim-Heilbronn wollte Baden nichts wissen. Es stellte zwar kein direktes Verbot für den Bau in Aussicht, es wollte den Kanal auf seiner Strecke selbst bauen, aber auf unsere Kosten. Für die zahlreichen Wasserkräfte, die durch den Kanal gerade bei Mannheim und Heidelberg geschaffen werden, war ein Angebot von badischer Seite auch nicht zu erhalten gewesen. So hätte der Kanal so große Kosten verursacht, daß gegenüber der Verzinsung und Tilgung dieser Summe der Staat besser große Frachtermäßigungen auf den Eisenbahnen hätte eintreten lassen. Für die Tonne Kohle von Ruhrort bis Heilbronn hätten wir mit der von Breußen betriebenen Schiffsahrtsabgabe in der Zweigemeinschaft, die alle Staaten umfassen würde, 9,4 Pfg. bezahlen müssen, während mit einem eigenen von Württemberg gebauten Kanal unter Hinzurechnung eines Beitrags von 20 Pfg. für die Tonne für die Verladung des Hafens in Duisburg, 68,3 Pfg. für die Tonne bezahlt werden müßte. Die Vorteile eines Kanals mit Schiffsahrtsabgaben im ganzen Reich sind augenblicklich und wir dürfen, wenn es uns möglich ist, sie vorzüglich so zu veranlassen, daß die Tante nur einmündig erhöht werden dürfen, daß aber die Schiffsahrtsabgaben niemals zu einer Einnahmequelle für den anliegenden Staat werden dürfen, im Interesse unseres Handels und unserer Industrie, die sowieso außerordentlich schwer mit der Konkurrenz zu kämpfen haben, im Interesse unseres Mittelstandes unmöglich diese Vorteile für unser Land außer Acht lassen. Nach einem dieser Tage in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichten Artikel will offenbar die württembergische Regierung mit Baden in seine neuen Verhandlungen bezüglich ihrer Haltung zu dem Geleisenvertrag treten. Am besten wäre es, wenn diese Angelegenheit in freundlicher Einvernahme beider Teile erledigt werden könnte. Insbesondere wäre es doch nicht durchaus unmöglich, daß bei der gegebenen Sachlage Baden seinerseits gute Dienste machen und dem Zweigemeinschaft beitreten würde, um sich Vorteile zu sichern, deren es ebenso wie wir, bedarf. Darüber wollen wir uns heute schon klar sein, daß eine weitere Vertiefung in der Verkehrspolitik der Bundesstaaten wie bisher, für die Zukunft als selbstmörderisch bezeichnet werden müßte. Er (Redner) möchte die Freunde in den Parlamenten der Einzelstaaten auffordern, gerade in Konkurrenzfragen mit uns zusammenzutreten und zu versuchen, ob nicht in einzelnen Fällen ein befriedigender Ausweg der Regierungsvorschläge werden könne. An unserem Verhältnis zur Regierung hat sich in den letzten Jahren so gut wie gar nichts geändert. Wir stehen der Regierung durchaus objektiv gegenüber, wenn sie auf fortschrittlichen Bahnen wandelt, so ist unser Weg gemeinsam. Wir hätten es gerne gesehen, wenn die württembergische Regierung anlässlich des Scheiterns der Reichsfinanzreform sich nicht zu denen gezählt hätte, die sich dem „Größeren Vogel“ freilich oder sich“ gefügt haben. Wenn in den letzten Wochen wiederholt vom Rücktritt des Ministers des Innern von Fischer die Rede war, so glaube ich im Sinne der ganzen Fraktion zu sprechen, wenn ich sage, daß wir den Rücktritt dieses arbeitsfreudigen, vorurteilslosen und auch liberalen Mannes aus lebhaftem Bedauern würden. Unter den Parteien hat sich eine besondere Verabredung schon auf Grund der Zustände im Land, dann aber insbesondere infolge der Ereignisse im Reich eine Scheidung zwischen Rechts und Links gebildet. Die Deutsche Partei, die das Jüngste an der Woge darstellt, hat in den meisten Fällen in wichtigen Abstimmungen sich zur Linken geschlagen. Das Verhältnis zu ihr hat sich für uns durchweg als ein freundliches gestaltet. Die Sozialdemokratie hat in den meisten Fällen positiv mitgearbeitet. Daß sie die Simultanschule mit einer seltsamen Abstimmung zu Fall gebracht hat, sei nur kurz erwähnt. Sie hat sich dann noch den Luxus gestattet, wieder gegen den Etat zu stimmen angeblich wegen der Bier-

steuer, deren Erhöhung bei uns, nachdem sie im Reich beschloß, gar nicht zu umgehen war. Daß der Staat sich der vorgeschlagenen 10prozentigen Steuererhöhung mit solchen von 5 Prozent begnügen konnte, vermochte ihre Annahme auch nicht zu ändern. Die Freundlichkeit zu Auerbach und Zentrum ist immer uniger geworden, habe aber den Eindruck, daß die Herren gegenseitig nicht einander gewinnen. Die Volkspartei wird auch in ihren Weg geradeaus und vorwärts, nicht weiter rechts, Freund Glas meinte, aber auch nicht weiter links fürdab sein. Sie glaubt damit am besten zu dienen dem Wohl des ganzen Landes, wie dem Wohl des großen Vaterlandes, anhaltender Beifall).

Mit Gändekaffee begrüßt, betrat als dritter Redner der Reichstagsabgeordnete Hauptmann den Rednerpult, um den

Reichstagsbericht

zu erstatten. Hauptmann führte u. a. aus:
Der Reichstagsbericht hat in diesem Jahr von politischen Ereignissen zu erzählen. Der Block ist durch den Gang der letzten Geschichte zertrümmert und wird in diesem und nächsten Reichstag nicht mehr aufstehen. Der Block war trotz, aber gerade deshalb eine interessante politische Erscheinung. Versuch, der gerade, weil er mißlungen ist, die Wähler belehrt hat. Jurek wollen wir im Rückblick auf das vergangene Reichstagsjahr offen aussprechen, daß die Beschlüsse des süddeutschen Vereins und Versammlungsgesetzes gerade sich erfreulich nicht bewahrt hat. Die ausmündige Politik des letzten Jahres präsentiert sich wenig unglücklich als in den vorangegangenen Jahren. Deutschland hat mit Frankreich endlich ein Parollkommen getroffen. Die Periode der Reizungen und Reizbarkeit ist verlassen und ist die europäische Spannung sich etwas gebessert. Man hat das alles früher und billiger haben können; wir müssen es das sagen, um rechtzeitig auf eine Beendigung oder Abmilderung auch der englisch-deutschen Reizbarkeit verständig hinzuwirken. Mit Oesterreich-Ungarn hat Deutschland durch richtige Politik das Verhältnis des gegenseitigen Vertrauens geklärt, und auch das trug dazu bei, die europäische Spannung zu vermindern. In der inneren Politik sind tiefen Eindrücke noch nicht ausgelöscht, welche durch die faktuelle Bewegung gegen das persönliche Regiment im September 1907 hervorgerufen worden sind. Aber es ist eine Wachsamkeit am Plage und deshalb verdient der Reichstag in der Geschichte einen schärferen Vorwurf, daß er in diesem Jahr nicht die formalen konstitutionellen Garantien vermehrt hat. Es paßt in die Reihenfolge der feindlichen Liebe zwischen Zentrum und Konservativen, daß das Zentrum den Konservativen, nichts konstitutionelles zustande kommen zu lassen. In solcher Hinsicht war unter Billow ausüchtreicher als unter Bethmann-Hollweg. Das Hauptereignis des Jahres war die Reichsfinanzreform. Ich fürchte, das Regime von heute ist nicht in der Lage, den Grundgesetz durchzuführen: keine Ausgabe ohne Deckung, auch nicht zu Zwecken der Heeresverwaltung! Es wird damit freilich nur bewiesen, daß nur ein gründlicher Wechsel und nur ein ehrlich liberales Ministerium dauernd gesunde Zustände herbeiführen kann. Redner bespricht in der Folge den Entwicklungsgang der Reichsfinanzreform und die dann fort: Es war schmerzhaft, daß die sogenannten verbündeten Regierungen, welche im Sommer entgegen ihrer Versicherung, ungeschehen und zu dem plumpen Steuerprogramm der Gegner übergegangen sind, weder im Sommer noch jetzt im Winter ein Wort der Anerkennung des bisherigen Kanzlers gefunden haben. Auch in der ersten Kammer des Reichstages des Herrn von Bethmann-Hollweg war dies ängstlich vermieden, als ob es wüßte, daß ihm Ausgabe droht, wenn er nicht Billow mit eisigen Stillschweigen übergeht. Bethmann's Rede leitete im letzten Monat die neue Saison ein. Die Rede war vielfach mißfällig. Es war ihr mehr darum zu tun, das Versprechen der Konservativen und des Zentrums nicht zu verscherzen, als das Zentrum der politisch mißmutigen Bevölkerung zu gewinnen. Vielleicht wollte der Kanzler den Konservativen im Voraus eine Freude bereiten für den Schmerz, den er ihnen übermorgen machen muß, wenn er die kaiserliche Aufgabe einer kleinen Reform des preussischen Wahlrechts nicht ganz verweigert. Meine Herren! Billow hat abgetreten, Bethmann-Hollweg eintretend dem deutschen Volk zugesichert: Hilt ihr selbst, dann hilft dir Gott! Das Volk und der Kaiser werden von den Konservativen im Joch gehalten; das Volk hat es gemerkt und will das Joch abwerfen, es auch der Kaiser, das bleibt abzuwarten. Die Ablehnung der Erbschaftsteuer, welche 9 Jährig aller Bauern überhaupt nicht berührt haben würde, und welche im Dienste der konservativen Herrenpolitik von den Bändern mitgemacht worden ist, hat den gescheitern Bauern die Augen geöffnet. Die Gewerbetreibenden in ganz Deutschland haben gemerkt, wohin die Reise geht. Der träge Grundlag: „Ich bin ein Geschäftsmann und beteilige mich deshalb nicht an der Politik, hat sich bitter gerächt und muß abgeworfen werden. (Beifall) Unsere katholischen Wähler, welche durch hundert Mittel verletzt und genötigt worden sind, sich der Zentrumspartei bei den Wahlen anzuschließen, erleben die Enttäuschung, daß das Zentrum sich mit dem preussischen Mü-

Völker-Evangelium.

Von Otto Ulfried.

(Fortsetzung.)
Die Aufnahme des Manifests war keine glückliche; die Welt war noch zu wenig daran gewöhnt, die Lage mit den Augen der Friedensfreunde zu betrachten. Fast überall stieß die Wärme des russischen Rundschreibens auf berechnete Kälte. Daraus erhellt sich wohl auch, daß in dem zweiten Rundschreiben Murawjow schon viel Wasser in den Wein gegossen wurde und daß nun bereits mehr von der Regelung des Krieges als von seiner Beendigung die Rede war. Als ein Sieg des Friedensgedankens ist es trotzdem zu bezeichnen, daß die erste Haager Konferenz im Jahr 1899 zusammentrat, daß sie von 26 Staaten besucht wurde und daß sie nicht ergebnislos auseinander ging. Was sie über die Regelung des Krieges abschlossen hat, das ist von den Friedensfreunden mit Absicht alleszeit auf die Seite geschoben worden; denn der Gedanke, den Krieg menschlicher gestalten zu wollen, sich mit Anstand totzuschlagen, ist ein Widerspruch in sich selbst. Daß aber schon die erste Haager Konferenz die Errichtung eines ständigen Schiedsgerichtshofs beschloß hat, wenn derselbe auch zunächst nur aus einer Liste von Schiedsrichtern bestand, die nach Bedarf zusammengerufen werden sollten, daß sie für den Fall ausbrechender Streitigkeiten ein Vermittlungsverfahren von Seiten der unbeteiligten Mächte vorgeschlagen hat und ausdrücklich betonte, ein Angebot der Vermittlung dürfe auch nach Ausbruch der Feindseligkeiten nicht als unfreundliche Handlung angesehen werden, daß sie ferner die Errichtung der Untersuchungskommissionen geschloß hat, durch welche die den Völkerfreistreitigkeiten zu Grund liegenden Tatsachen erst festgestellt werden sollten, und daß sie endlich die Beschränkung der die ganze Menschheit bedrückenden Rüstungslasten für höchst wünschenswert erklärte; das sind doch entscheidende Beweise für das Erhalten der Friedensliebe auch in den Kreisen der Regierungen.
Es ist wahr, das Haager Werk hat in der öffentlichen Meinung einen schmerzlichen Stoß erlitten durch den Transvaalkrieg, der ausgebrochen ist, als die Tute der Haager Uebereinkunft noch nicht trocken war, und durch den ostasiatischen Krieg, den der Zar hätte vermeiden können, wenn er an sein eigen Werk gedacht und sich auf den Haager Gerichtshof berufen hätte, statt zu den Waffen zu greifen. Er hat diese seine Untere schwer genug bezahlt. Redigens weiß jeder Einsichtige, daß kein Mann auf einen Streich fällt und daß eine Jahrtausende alte Einrichtung wie der Krieg nicht im Sturm beseitigt werden kann. Einen kleinen Fortschritt stellt trotz allem auch die zweite Haager Konferenz dar, die im Jahr 1907 zusammentrat und diesmal von 46 Mächten besucht wurde. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit lag freilich wieder auf dem Gebiet der Kriegsvermeidung; man sprach von der Festlegung der Neutralen während

des Kriegs, von den Gebräuchen im Seekrieg, vom Schutz oder von der Preisgabe des Privateigentums während des Seekriegs, von der Anwendung der Grundzüge des roten Kreuzes auf die in den Seeschlachten Verwundeten. Man beschloß, ein oberes Kriegengericht einzurichten, das die Befugnis haben sollte, darüber zu entscheiden, ob das von einer kriegsführenden Macht angegriffene Handelsschiff wirklich ein Verbot hatte, die der feindlichen Macht von Nutzen sein könnten zum Zweck der Kriegführung, und ob es infolgedessen berechtigt sei, diese Dinge mit Beschlag zu legen oder gar das ganze Schiff in die Luft sprengen. Damit wurde immerhin zugegeben, daß die Entscheidung über das, was Rechts sei, nicht einer der kriegführenden Parteien, sondern nur einem über den Parteien stehenden Gerichtshof zustehen könne. Zum Schluß wurde anerkannt, daß gewisse Streitigkeiten geeignet seien, einer obligatorischen Schiedsprechung (d. h. einer solchen, zu welcher die Streitenden Staaten verpflichtet seien) unterworfen zu werden. Auch das wurde von der Konferenz selber hervorgehoben, daß die Staaten der Welt in gemeinsamer viermonatlicher Arbeit gelernt haben, sich zu verstehen und sich einander zu nähern und daß sich im Lauf der gemeinsamen Arbeit ein wahrer Gehalt der Gemeinsamkeit der Interessen der gesamten Menschheit gezeigt hat.
Nach all dem wäre es falsch, zu meinen, daß die Arbeit der Friedensfreunde bisher vergeblich gewesen sei. Tatsächlich hat das Schiedsgerichtsprinzip schon vor der ersten Haager Konferenz aber auch u. a. in diesem wichtigen Ereignis schon ganz bedeutende Triumphe gefeiert. Wie rasch die Zahl der schiedsgerichtlichen Entscheidungen zugenommen hat, das ergibt sich aus folgender Tabelle:

Völkerfreistreitigkeiten wurden schiedsrichterlich geschlichtet:

In den Jahren	Anzahl
1794—1800	4
1801—1820	12
1821—1840	10
1841—1860	25
1861—1880	54
1881—1900	111

Daß es sich dabei keineswegs bloß um Kleinigkeiten gehandelt hat, das geht u. a. aus folgenden Tatsachen hervor. Während des nordamerikanischen Bürgerkriegs (1864—68) war in einem englischen Hafen ein Kriegsschiff namens Alabama zum Gebrauch der Südstaaten ausgerüstet worden, das den Handel der kriegführenden Nordstaaten in äußerst empfindlicher Weise schädigte. Darüber waren diese Nordstaaten mit Recht erbittert; sie verlangten Vergütung von England. Da aber die streitenden Parteien nicht einig werden konnten, wurde die Sache einem in Genf sitzenden Schiedsgericht unterworfen. Dieses verurteilte die Engländer zu einem Schadenersatz im Betrag von 15 1/2 Millionen Dollars, was von den Engländern ohne Widerrede bezahlt wurde. Als es im Jahr 1885 zwischen Deutschland und Spanien wegen der Frage, wem die Karolineninseln gehören

solten, beinahe zum Krieg gekommen wäre, das Fürst Bismarck den Paß gebeten, den Streit zu schlichten. Dieser hat die Karolinen den Spaniern zugesprochen; später sind sie dann doch durch Kauf von der deutschen Regierung erworben worden.

Man meint, die erste Haager Konferenz habe nichts Erprobliches geschaffen. Zunächst hat der Schiedsgerichtshof von Haag den Venezuelastritt, nachdem schon die Kanonen donnern hatten, geschlichtet, hat die Mexikaner verurteilt, den Vereinigten Staaten von Nordamerika die rückständigen Kirchensteuer zu bezahlen, hat die Rechtsverhältnisse der Fremden in Japan geregelt und hat die Frage des Protektorats über das Sultanat Wadai entschieden. Ein großes Verdienst um den Weltfrieden aber hat sich die Haager Konferenz dadurch erworben, daß sie die internationale Untersuchungskommission ins Leben rief, die bei dem Hüller Zwischenfall ihre Feuerprobe bestand. Der russische Admiral Roschidschewsky, der mit der daltischen Flotte gegen die Japaner segeln sollte, hatte in der Nähe von der britischen Küste englische Fischerboote für japanische Torpedoboote gehalten, und hatte ein höllisches Bombardement auf die harmlosen Röhre eröffnet. Die Erbitterung in England war grenzenlos, der Weltkrieg schien vor der Tür zu stehen. Da erinnerte man sich zu guter Stunde an die Untersuchungskommission. Man beschloß, den Streit durch eine solche in Frankreich zusammenberufene Kommission untersuchen zu lassen. Die Kommission erfüllte ihre Pflicht, der Fall wurde als ein Mißverständnis aufgestellt und Rußland zahlte einen Schadenersatz von 60 Millionen Mark. Dazu ist seit der ersten Haager Konferenz ein ganzes Reg von Schiedsgerichtsverträgen zwischen einzelnen Staaten — es sind jetzt 64 an der Zahl — über die Länder geworfen worden. Aber auch abgesehen davon ist der Fortschritt nicht zu leugnen. Man muß nur Augen haben, ihn zu sehen. Früher meinte man, die ägyptische Frage könne nur durch die Schärfe des Schwerts gelöst werden, und nun ist sie auf dem Weg friedlicher Uebereinkunft zwischen Frankreich und England entschieden worden. Früher war man der Ansicht, es müsse noch ein todesblutiger Streit um den Besitz von Wien zwischen England und Rußland geführt werden; nun haben sich die beiden Mächte in freundsicher Weise verständigt. Früher hätte die Lösung eines Landes von einem andern ein Meer von Blut und Tränen geflohen; jetzt befreit sich Norwegen von Schweden in aller Stille und schließt sogar einen Schiedsgerichtsvertrag mit diesem Lande, durch den die Möglichkeit des Kriegs so gut wie ausgeschlossen ist. Noch mehr! Ganz Amerika hat sich auf den amerikanischen Kongressen mehrfach dazu verpflichtet, einen amerikanischen Streit auf schiedsrichterlichem Wege schlichten zu lassen. Argentinien und Chile aber haben einen Schiedsgerichtsvertrag geschlossen, haben abgerüstet und auf der Grenze zwischen beiden Staaten, auf der Höhe der Anden die Statue eines segnenden Christus errichtet, als Sinnbild des geschlossenen Friedens.

Fortsetzung folgt.



schritt und dem preussischen Adel offen zusammengetan hat. Dieses vermag in solchen Tagen die politische Arbeit und Energie der deutschen Bürger und Arbeiter. Die konservativen Organe der Nationalliberalen mit Drohungen und Lockungen in Bezug auf die nationalliberale Partei ihre Mission, den Ohren. Bersteht die nationale Partei zu schaffen, so wird die Bedingungen für ein liberales Regime zu schaffen, so wird die uneigennütigen Bundesgenossen auf der linken Seite des Hauses haben. Die linksliberalen sind durch den Gang der Ereignisse in unseren demokratischen Anschauungen nur gestärkt. Wichtigere als das Neben ist in den nächsten Jahren das Handeln und das Marschieren aller Freigeistigen. In gleichem Schritt und Tritt. Noch ausflüchtender als unser pflichtmäßiger Widerstand sind die agrarisch gefärbten Sozialisten, welche vielleicht die Nebenwirkung haben, die Wähler, welche diese Steuern schluden müssen, innerlich rot zu färben. Dieses Rot sollte nicht feuertrot, sondern morgenrot sein. Das Mittel soll nicht der Umsturz, sondern der Weiterbau sein. Viele Anzeichen verkünden, daß die deutsche Bevölkerung einen Rad aufwärts geführt sein will. Mehr politische Gleichberechtigung, mehr sozialer Gerechtigkeitswille, und mehr bestrebende Bildung — das ist die Sehnsucht, die durch das Land zieht. Der Geist des Herrenmenschen, der brutal und impotent auftrumpft, das ist der Gegner, das Volk hat ihn wieder einmal erkannt, und die Sozialpartei ist bereit, in diesem vaterländischen Kampf mitzuwirken, gekämpft durch eine neue Gemeinschaft und durch den alten Glauben. (Lebhafter langanhaltender Beifall)

Nun folgte das mit großer Spannung erwartete Referat Payers über die

Einigung der Linken.

Payer erklärte, keine Verlesung über die Nützlichkeit oder Notwendigkeit einer Fusion der 3 linksliberalen Parteien an sich halten zu wollen. Unsere grundsätzliche Stellung dieser Frage gegenüber sei längst geregelt. Die Frage sei jetzt nur noch die, wollen und können wir die vorliegenden Entwürfe als eine geeignete Grundlage für das Einigungswerk unsererseits betrachten oder nicht? Es handle sich hier nicht um die gewöhnliche Art von Programmen. Es geht, aus dem durchaus nicht immer harmonisierenden Programm dreier Parteien, die nur in der Gesamtanschauung zusammenstimmen, zu dem besonderen Zweck der Verschmelzung dieser 3 Parteien das gemeinsame in den leitenden Gedanken in einer Form zusammenzufassen, die es den Angehörigen aller 3 Parteien ermöglicht, ohne Gewissensbisse hinter dieser Forderung zu marschieren und gleichzeitig dem so geschaffenen Programm Kraft und Begeisterung zu entnehmen. Es ist klar, daß dabei jeder Teil ab- und zugeben mußte, darum ist es ein Einigungsprogramm! Forderungen, die zurückgestellt werden mußten, weil noch kein, oder wenigstens noch kein volles Einverständnis über dieselben herrschte, sind aber damit weder aufgegeben, noch ist es den einzelnen verwehrt, sich zu denselben zu bekennen und auch jetzt schon in ihrem Teile für sie einzutreten. In der Folge spricht Redner eingehend über die Einzelheiten des Programmentwurfs, der ja, wie Eingeweihten schon längst kein Geheimnis mehr ist, zu einem wesentlichen Teil von Payer selbst stammt. Der demokratische Führer schloß seine Rede unter brausendem Beifall. Die stürmischen Ovationen waren ein Entgelt für die Angriffe, die Payer infolge seines lebhaften Eintretens für die linksliberale Einigung von mancher Seite erfahren mußte. In die Rede, die wir morgen im Wortlaut wiedergeben, schloß sich eine Diskussion.

Als 1. Redner sprach Höfer-Gablenberg, er schlug die Annahme folgender Resolution vor:

„Die glänzend besuchte Landesversammlung der württembergischen Volkspartei ersucht ihre Vertreter im Landesauschuss und auf dem Parteitag der deutschen Volkspartei sich einmütig und entschieden auf den Boden des Einigungsprogramms und Einigungsstatuts zu stellen und spricht der Parteileitung und den Abgeordneten der Partei im Reichstag und Landtag ihren lebhaftesten Dank und ihr Vertrauen aus.“

Harnisch-Biberach hat um einstimmige Annahme der Resolution. Kohler-Kirchheim u. T. wendete sich gegen einige Punkte des Einigungsprogramms. Ihm trat Conrad Haukmann gegenüber und widerlegte die von dem Redner vorgebrachten Gegenstände. Nach einem begeisterten aufgenommenen Schlusswort Payers wurde die obige Resolution mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. Während des gemeinsamen Essens wurde an den Reichs- und Landtagsabgeordneten Wiener-Berlin folgendes Telegramm abgesandt: „Die glänzend besuchte Landesversammlung der württembergischen Volkspartei hat sich einmütig und entschieden auf den Boden des Einigungsprogramms und Einigungsstatuts gestellt und sendet dem Vorstand der Volkspartei und ihrem verdienten Vorsitzenden die Zusage zuverlässigster Mitarbeit in der kommenden Parteigemeinschaft und herzlichsten Gruß. Der Vorsitzende: Landtagsabg. Kas.“ Ein ähnliches Telegramm wurde an die Reichstagsabgeordneten Schrader und Müller-Meinigen abgesandt.

Das Festessen

erfreute sich einer gewaltigen Teilnehmerzahl. Während des Essens wirkte Reichstagsabgeordneter Saweickhardt auf das deutsche Vaterland. Stadtgeometer Kerschler, Vorsitzender des Landesverbandes der Jungen Volkspartei auf die württ. Volkspartei. Dann brachte Reichstagsabgeordneter Conrad Haukmann einen begeisterten Toast auf den freiheitlichen Geist, von Königberg bis Straßburg, aus. Landtagsabg. Dr. Bauer, der Vorsitzende des Liberalen Vereins Stuttgart, überbrachte die Grüße seines Vereins und schloß mit einem Glückwunsch für die neue kommende große freimütige Partei. Nachdem die Teilnehmer am Festessen noch längere Zeit beisammen waren, wurde die Tafel aufgehoben. Während des Essens liefen eine Reihe von Telegrammen ein, so von Wilhelm Lang-Jagstfeld, Dr. Richter-Frozheim, Weil-Buchau a. F., Schnurmann-Nühlhausen, und Jul. Wagner-Keutlingen.

Der Hauptversammlung war morgens 9 Uhr eine Sitzung des Landesauschusses der württ. Volkspartei vorausgegangen. In der zahlreich besuchten Versammlung wurde der engere Ausschuss wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurde Arbeitersekretär Barnholz-M. Gemeinderat Fischer, der Kassier der Partei, erlittete den eingehenden Kasienbericht, worauf ihm unter ausdrücklichem Dank des Ausschusses Entlassung erteilt wurde. Die Frage, wie ergiebiger und gleichmäßiger die Heranziehung der Parteigenossen organisiert werden könnte, wurde dem engeren Ausschuss zur weiteren

Behandlung übergeben. Adami referierte noch Prokurist Jig über die Agitation und Presse, woran sich eine lebhaftige Aussprache knüpfte.

Rundschau.

Ein Tauschgeschäft.

Vor einigen Jahren hat bekanntlich Wilhelm der Zweite gelegentlich eines Besuches in Krefeld den dortigen jungen Damen Husarenoffiziere als Tänzer versprochen, und das Versprechen wurde auch eingelöst, indem ein Husarenregiment von Düsseldorf nach Krefeld verlegt wurde. In Bayern ist jetzt etwas Ähnliches geschehen. Der Fürst Albert von Thurn und Taxis in Regensburg genöß für sich und sein Haus Portofreiheit. Im Landtage war in der vorigen Session das mittelalterliche Privilegium der Fürsten von Thurn und Taxis Gegenstand einer ausgedehnten Debatte, in der der Verkehrsminister das Ende des Privilegs in Aussicht stellte. Die fürstlich Thurn und Taxische Rentkammer in Regensburg gibt nun bekannt, daß ab 1. Januar 1910 infolge einer Vereinbarung mit der Staatsregierung die Portofreiheit des fürstlichen Hauses erlöschen werde. Dafür ist ein schon langgehegter Wunsch des Fürsten erfüllt worden. Das zweite Chevauxlegerregiment, dessen Inhaber der Fürst ist, wurde nämlich von Dillingen nach Regensburg verlegt. Nun muß der Fürst zwar seine Briefe frankieren, kann sich dafür aber am Publikum „seiner“ Soldaten erfreuen. In Deutschland ist auch ein Fürst, der kein Land mehr zu regieren hat, noch immer ein einflussreicher Herr, wie man sich selbst auf ein veraltetes Vorrecht, dessen Unbilligkeit längst schon allgemein erkannt ist, brauchen darf. Die Herrschaften nicht ohne weiteres zu verzichten. Sie sind immer noch imstande, eine ganz annehmbare Gegengabe dafür einzutauschen. Das blaue Blut ist eben doch ein ganz besonderer Saft.

Ablehnen und begraben!

Zur preussischen Wahlreform wird offiziös geschrieben: Nach einer Auskunft der zuständigen Instanz in Preußen als eine hervorragende parlamentarische Persönlichkeit wird die Wahlrechtsvorlage Mitte Januar dem Landtage zugehen. Die neue Vorlage soll das Dreiklassenwahlrecht beibehalten, teilweise eine andere Einteilung der Wahlkreise vorsehen, eine geheime und direkte Wahl aber nicht vorschlagen. (!) Die hauptsächlichsten „Reformen“ liegen in der Abänderung der Bestimmungen über das Massenwahlrecht.

Sollte die Vorlage auf größeren Widerstand stoßen und ihre Annahme unmöglich erscheinen, so wird sie wahrscheinlich von der Regierung zurückgezogen werden, ohne Aussicht, daß in Balde dem Landtage eine neue Vorlage vorgelegt wird.

Man nimmt nicht an, daß die Vorlage bereits in der nächsten Session zur Beratung gelangt, sondern rechnet eventuell mit einer Vertagung der Beratungen auf den Herbst 1910.

Die Junker wissen nun genau, wie sie's zu machen haben: Wenn sie einen „größeren Widerstand“ gegen die zu erwartende Karikatur einer Wahlrechtsreform leisten, so bleibt alles beim alten; sie werden sich das nicht zweimal sagen lassen. Wie sie der Krone und der Regierung das Mittelstandsanalprojekt vor die Füße geworfen, es regelrecht „verscharrt“ haben, so werden sie auch die preussische Wahlrechtsänderung, die sich Wahlreform nennt, Herrn v. Bethmann-Hollweg vor die Füße werfen, wie sie um dieser „Reform“ willen den Fürsten Billow gestürzt haben. Die preussische Regierung aber wird sich abdam darauf berufen können, daß sie versucht habe, etwas zu tun. Leider sei es ihr nicht gelungen, etwas zustande zu bringen.

Der Plag ist klar und deutlich. Die Junker unterdrücken nicht nur das Volk, sie halten es obendrein auch zum besten.

Die deutsche Hilfsämter für die in Südtalien durch Erdbeben Geschädigten trat in Berlin im Sitzungssaale des Bundesrats zur Schlussführung zusammen. Die Kaiserin als Protektorin des Vereins wurde bei ihrem Erscheinen von dem Ehrenpräsidenten, Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, begrüßt. Kommerzienrat Selberg berichtete über die Tätigkeit des Sonderkomitees und gedachte dankend der Tätigkeit der Banken, Vereine, Regierung und Presse. Vizeoberbürgermeister Baron von dem Knefeler berichtete über die Entsendung von Ärzten und Schwestern im Auftrage des Roten Kreuzes. Geh. Rat Kanunnherz v. Versdorff berichtete über den Wiederaufbau der Stadt Messina. In einer längeren Ansprache und dankte hierauf Staatssekretär v. Schön der Kaiserin, dem Ehrenpräsidenten, den einzelnen Mitgliedern des Komitees und der Landeskomitees, sowie dem gesamten deutschen Volk für das Interesse und die Förderung, die sie dem Unternehmen haben zu teil werden lassen. Geh. Rat Schüller erstattete sodann den Kasienbericht, wonach die Gesamteinnahmen ca. 2.700.000 M in bar und 2.300.000 M an Materialien betragen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung sprach der italienische Votschafter Panja den Dank des italienischen Volkes und der italienischen Regierung aus.

Tages-Chronik.

Berlin, 7. Jan. In der Gesellschaft für Erdkunde sprach gestern der Südpolarforscher Leutnant Shalkleton zum erstenmal in Deutschland über seine arktische Expedition. Dem Vortrag wohnten der Kronprinz und die Kronprinzessin bei.

Aus Württemberg.

Die Regierung und die weiblichen Beamten. Man schreibt uns: Die Regierung hat in der Frauenfrage einen bedeutenden Schritt getan, indem sie bestimmte, daß von nun ab auf allen Stellen des Gehaltsstufens weibliche Beamte angestellt werden können, sofern sie den für die

männlichen Beamten vorgeschriebenen Bedingungen, insbesondere in der Vorbildung entsprechen. Die weiblichen Beamten beziehen $\frac{1}{4}$ der für die männlichen Beamten vorgesehenen Gehälter und Wohnungsgelder. — Die Regierung hat diesen bedeutsamen Schritt unternommen. Aber nicht die in Stuttgart, sondern die in Karlsruhe. Wie ganz anders stellte sich die württembergische Regierung gegenüber den weiblichen Beamten anlässlich der Beratungen der Finanzkommission über das Beamtengesetz!

Stuttgart, 5. Jan. Der Ministerpräsident a. D. v. Breiting feierte gestern in erfreulicher Rüstigkeit im engsten Familienkreise seinen 75. Geburtstag. Dem Jubilar gingen aus diesem Anlaß von Nah und Fern eine große Anzahl von Telegrammen und Schreiben mit Glückwünschen zu.

Stuttgart, 5. Jan. Als Mitglied des Verwaltungsrats der Pensionskasse für Körperschaftsbeamte sind für die Jahre 1910, 1911, und 1912 auf Grund der Vorschläge der Amtsversammlungen berufen worden: Stadtschultheiß Beyerle in Weil der Stadt, Verwaltungssachbearbeiter Frieder in Friedrichshafen, Oberamtspfleger Krauß in Dohringen, Oberbürgermeister Röhrler in Gmünd, Oberbürgermeister Dr. Rülberger in Eßlingen, Stadtschultheiß Schid in Laupheim, Oberamtspfleger a. D. Sippel in Ulm, Stadtschultheiß Würth in Schwemlingen.

Stuttgart, 5. Jan. Die württembergische Vereinsbank wird anfangs dieses Jahres unter Uebernahme des in den Vororten Ostheim, Gaisburg, Gablenberg und Wangen gut eingeführten Bankgeschäfts der Firma Maximilian Maiber, Ostheim eine Depositenkasse errichten. Als Banklokale sind die schon bisher von der Firma Maximilian Maiber benutzten Räume Landhausstraße 181 in Ostheim und Schlachthausstraße 4 in Gaisburg vorgesehen. Die von dem übernommenen Bankgeschäft für die Mitglieder des Schlachtviehvericherungsvereins der Neuen Häute- und Fell-Gesellschaft Groß-Stuttgart a. S. bisher besorgten bankgeschäftlichen Transaktionen werden von der Depositenkasse wie seither weitergeführt werden.

Freudenstadt, 5. Jan. Letzten Sonntag hat eine Vertrauensmännerversammlung des Bezirksvolksvereins mit Stimmenmehrheit beschlossen, zum Kandidaten der Volkspartei deren Parteivorstand, Professor Hoffmann in Stuttgart, vorzuschlagen. Weitere Stimmen fielen in dieser Versammlung dem Baumunternehmer Gaiser-Baiersbrunn zu, der im Bezirk und namentlich in dem für den Wahlkreis wichtigen Kreis Baiersbrunn, großen Einfluß besitzt. In weiten Kreisen würde man der Aufstellung eines Kandidaten, der im Bezirk ansässig ist, den Vorzug geben. Die Deutsche Partei wird am nächsten Sonntag die Kandidatenfrage entscheiden. In bürgerlichen Kreisen nennt man den Stadtschultheißen Hartmann von Freudenstadt als Kandidaten der Deutschen Partei.

Gingen a. Br., 6. Jan. Zur Herstellung einer direkten Zufahrtsstraße vom Stadtzentrum zum Bahnhof hat die Firma Margarete Sieff einen Beitrag von 10.000 Mark, die Familie des verstorbenen Kommerzienrat Hähne einen solchen von 2000 Mark zugesagt. Das große Opfer erfordernde Projekt wäre ohne diese hochherzigen Zuwendungen wohl nie verwirklicht worden.

Nah und Fern.

Von der eigenen Frau vergiftet?

In Pinache Oberamt Maulbronn starb vor etwa sechs Wochen der Bauer und Holzarbeiter Feinauer, angeblich, weil er in der Frühe vor dem Weggehen in den Wald Schnaps trinken wollte und aus Versehen die Karbolnässe erwischte. Sein Magen wurde zur Untersuchung nach Tübingen gesandt und dort fand man darin Rost und Lyfol. Es entstand der Verdacht, daß Feinauer vergiftet worden sei, auch eine belastende Zeugenaussage lag vor und nun ist die Frau des Verstorbenen unter dem Verdacht der Tat von dem Stationskommandanten von Maulbronn verhaftet worden. Feinauer war etwa 50 Jahre alt und hinterließ 5 Kinder im Alter von 3—23 Jahren.

Neue Nachrichten.

Von einem schweren Unglück wurde die Familie des Wilhelm Keller in Sulzbach O. A. Freudenstadt betroffen. Die Frau Keller wollte am Ofen Wäsche trocknen und entfernte sich dabei auf einige Zeit aus der Wohnung. Die Wäsche fing Feuer und bei dem dadurch entstehenden Zimmerbrand erstickten zwei Kinder der Familie im Alter von 2 und 4 Jahren.

In Dudweiler wurde die Frau des Schloßers Schucht mit eingeschlagenem Schädel in ihrem Bett aufgefunden. Der Tat verdächtig ist ihr Mann, der flüchtig ist.

Gerichtssaal.

Offenburg, 4. Jan. Das 21jährige Dienstmädchen Barbara Krogast aus Legethuch, die ihr 14jähriges Kind durch Würgelunge betäubt hatte, wurde vom Schwurgericht wegen Totschlags zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Spiel und Sport.

Wettfliegen über den Genfer See.

Ein hochinteressantes Ereignis steht im nächsten Sommer am Genfer See bevor. Nach Vereinbarungen zwischen den Luftschiffvereinen Frankreichs und der Schweiz findet im dem Dorfe Renan bei Rosen und dem französischen Kurort Gorian les Bains vom 19.—26. Juni ein großes internationales Flugmaschinenwettbewerb über den Genfer See über seiner größten Breite statt. Der Wettbewerb wird auf schweizerischem Gebiet, die Landung auf französischem Gebiet stattfinden. Viele Preise sind in Aussicht gestellt. Man erwartet die Beteiligung der bekanntesten Piloten.

Handel und Volkswirtschaft.

London, 6. Jan. Der Bankdiskont wurde auf $\frac{1}{2}$ herabgesetzt.



